

Die AfD, ihr Programm und unsere **ver.di-Positionen**



AfD und Pegida scheinen auf den ersten Blick unsere Kernthemen als Gewerkschaften kaum zu berühren. Im Grundsatzprogramm der AfD vom Frühjahr 2016, immerhin fast 100 Seiten stark, taucht der Begriff „Gewerkschaft“ beispielsweise gar nicht auf.

Zwar bekennt sich die Partei zur sozialen Marktwirtschaft und lobt das duale Ausbildungssystem. Wir erfahren im Programm aber wenig bis gar nichts über Tarifautonomie, Arbeitnehmerrechte oder Lohnpolitik. Gewerkschaftliche Themen sind hier eher Randthemen, deren Bedeutung bestenfalls angedeutet wird.

**Ist die AfD daher für Gewerkschafter wählbar?
Sicher nicht, wie nachfolgende Argumentationskarten aufzeigen.**



V.i.S.d.P. ver.di Mittelfranken · Jürgen Göppner · Kornmarkt 5-7 · 90402 Nürnberg

1.

Die AfD will deregulieren



„Die AfD will ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld. Wir wollen auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen“. Durch Abschaffung von „ineffiziente[n] Regulierungen“ und „Überprüfung der Notwendigkeit bestehender Regeln“ sollen neue Freiheiten für Unternehmer geschaffen werden.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 10.5, S. 68

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

1.

Der Ausbeutung von Mensch und Natur wird Tür und Tor geöffnet



Hier entpuppt sich die AfD als neoliberale Elitenpartei, der es eher um den maximalen Gewinn privatwirtschaftlicher Unternehmer und nicht um den Schutz der ArbeitnehmerInnen, der Umwelt und der Gesundheit geht. Denn viele der angeblich störenden gesetzlichen Regelungen garantieren soziale oder ökologische Standards.

Die AfD sagt nicht einmal genau, welche der bestehenden Regeln sie verändern will, womit sie jeglicher Ausbeutung Tür und Tor öffnet.



ver.di-Position

2.

Änderungen der Arbeitsgesetze



Unter der Überschrift „Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien“ wird ein Arbeitsgesetzbuch gefordert, das die „Einzelgesetze (...) zusammenführt“ und einer „überbordenden und uneinheitlichen Rechtsprechung ein Ende bereitet.“

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 5.1, S. 36

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

2.

Arbeitnehmerrechte werden beschnitten



Ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch wird seit über 50 Jahren immer wieder vor allem von Arbeitgebern gefordert und im Bundestag diskutiert.

Arbeitsgesetze und Rechtsprechung sind ausdifferenziert und keineswegs uneinheitlich, viele in der Zeit vor neoliberalen Mainstream geschaffene Normen dienen dem Schutz der ArbeitnehmerInnen.



Bei einer solchen Reform wären Verschlechterungen vorprogrammiert.

ver.di-Position

3.

Die AfD will, dass sich der Staat auf wenige Kernbereiche konzentriert



Nach Sicht der AfD habe sich der Staat „verzettelt“. Es bedürfe einer „Konzentration auf die (...) Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung“. Alles andere bedürfe einer „besondere[n] Rechtfertigung“.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 1.2, S. 9

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

3.

Sozialstaatlichkeit keine Kernaufgabe mehr



Hier wird die wirtschaftsliberale und antisoziale Stoßrichtung der AfD besonders deutlich. Wenn der Staat nur noch Geld für die wenigen genannten Bereiche ausgeben darf und alles andere unter Vorbehalt gestellt wird, greift die AfD ein wesentliches Verfassungsprinzip des Grundgesetzes frontal an: Den Sozialstaat. Letztlich könnten dann auch so elementare Dinge wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe und insgesamt jede Unterstützung für sozial Schwache abgeschafft werden.



ver.di-Position

4.

Die AfD behauptet, unter der Sozialversicherung leide die Wirtschaft



Zum „Wohle Deutschlands“ will die AfD „grundlegende Reformen“ bei der Sozialversicherung. „Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands leidet“ unter dem jetzigen System. Die „hohen Abgaben“ würden sich auch „negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer“ auswirken. Nur so könnten „die Systeme auch zukünftig leistungsfähig bleiben.“

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 5.4.1, S. 37

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

4.

Die Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge bedeutet geringere Renten



Dem Grundsatz nach hat sich die paritätisch finanzierte gesetzliche Sozialversicherung sehr bewährt: Die gesetzliche Rente, die Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sorgen für eine solidarische Bewältigung von allgemeinen Lebensrisiken. Beitragssenkungen führen entweder zur Leistungskürzung oder zur Notwendigkeit unsolidarischer privater Vorsorge, die sich nur ein Teil der abhängig Beschäftigten überhaupt leisten kann.



ver.di-Position

5.

Auflösung der Bundesagentur für Arbeit



„Die AfD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen und ihre Aufgaben vor allem auf kommunale ‚Jobcenter‘ übertragen. Danach gibt es nur noch einen öffentlichen Dienstleister am Arbeitsmarkt: das kommunale Jobcenter.“

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 5.2, S. 36

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

5.

Hartz IV für alle Erwerbslosen?



Eine Abschaffung der Bundesagentur und Übertragung ihrer Aufgaben auf die Jobcenter bedeutet im Klartext Hartz IV für alle. Die Hartz-IV- Reform hat nicht nur zur Verarmung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile geführt, sondern ist Haupt-ursache des Anstiegs prekärer Beschäftigung. Politik für den kleinen Mann und die kleine Frau sieht anders aus.



ver.di-Position

6.

Die AfD will die Vermögens- und Erbschaftssteuer abschaffen



„Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer und die Erbschaftssteuer abschaffen“, weil diese „unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben“ würden.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 11.4, S. 75

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

6.

Steuergeschenke für Reiche?



ver.di fordert eine stärkere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften! Faktisch wird die Vermögensteuer seit 20 Jahren in Deutschland nicht mehr erhoben. Die Erbschaftssteuer ist bereits in den vergangenen Jahren massiv zu Gunsten von Unternehmen reformiert worden: Betriebsvermögen kann sogar bis zu 26 Millionen Euro vollkommen steuerfrei sein. Bei einer regulären Erbschaft gelten bereits heute hohe Freibeträge, etwa 400.000 Euro pro Kind. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft auch in Deutschland immer weiter auseinander. Ein Verzicht auf die Besteuerung von sehr hohen Vermögen und Erbschaften würde diesen Trend weiter verschärfen und dem Staat zudem wichtige Investitionsmöglichkeiten vorenthalten.



ver.di-Position

7.

Die AfD will an der Gewerbesteuer rütteln



Die AfD plant „eine Überprüfung der Gewerbesteuer (...), weil sie ertragsunabhängige Bestandteile in ihrer Bemessungsgrundlage enthält. Anstelle der Gewerbesteuer könnte den Kommunen ein Zugang zu anderen Steuerquellen ermöglicht werden. Die Ausgestaltung muss dem Prinzip der Selbstverwaltung entsprechen, wonach den Kommunen originäre Gestaltungsrechte bei Bestimmung von Steuergegenstand und der Steuererhebung zustehen.“

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 11.4, S. 75

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

7.

Abschaffung der Gewerbesteuer ohne Alternative geht nicht



Die Gewerbesteuer ist seit 2002 umstritten, da sie konjunkturabhängig ist und daher keine planbare Größe darstellt.

Sie bleibt dennoch wesentliche Säule der Finanzierung der Kommunen. Die im Jahr 2013 von Wolfgang Schäuble vorgesehene Abschaffung und Ersatz durch ein komplexes 4-Säulen-Modell lehnte der Deutsche Städtetag als „nicht tragfähig“ ab.



ver.di-Position

8.

Reform der Einkommensteuer



Unter der Überschrift „Gerechte Steuern durch AfD-Stufentarif“ will die AfD „einen geänderten Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und einen deutlich höheren Grundfreibetrag“.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 11.1, S. 74

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

8.

Besserverdienende dürfen sich freuen, Arbeitnehmer verlieren



Die diesbezügliche populistische „Bierdeckeldiskussion“ des CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz im Jahr 2003 mit einem Stufentarif von 12, 24 und 36 % Einkommensteuer ist alt: Über einen Stufentarif dürften sich vor allem die Besserverdienenden freuen, weil in Deutschland bislang progressiv mit bis zu 45 % besteuert wird. Die Diskussion um eine Vereinfachung schafft auch neue Ungerechtigkeiten, wenn etwa Werbungskosten wie lange Wege zur Arbeit oder Beiträge zur Altersvorsorge nicht mehr steuermindernd wirken.



ver.di-Position

9.

Die AfD will eine Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz festschreiben



Die AfD will „die Staatsaufgaben (...) reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger (...) reduzieren.“ Dazu will sie eine „Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz“ festschreiben, bei der eine „maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt“ festgeschrieben wird. So sollen Steuer- und Abgabenerhöhungen gebremst werden.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 11.2, S. 74

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

9.

Sozialabbau, Investitionstau oder Schuldenanstieg



Eine solche Steuer- und Abgabenbremse würde unweigerlich zu geringeren Steuereinnahmen führen. Und darunter würden vor allem Geringverdiener und sozial Schwächere leiden, denn staatliche Leistungen wie Sozialhilfe, Elterngeld, Kindergeld, Jugendhilfe, Wohngeld usw. müssten dann wohl eingeschränkt werden. Zusätzlich fehlt notwendiges Geld für Investitionen in die Infrastruktur (Schulen, Straßen etc.). Verfall oder Schuldenaufbau wären die Folgen.



ver.di-Position

10.

AfD: Schule soll der Wirtschaft dienen



Die AfD lehnt eine „nach unten nivellierende Einheitsschule“ ab. Diese würde die „Zukunftsfähigkeit junger Menschen und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft“ bedrohen. „Uneingeschränkt“ wird zudem „das Leistungsprinzip“ befürwortet.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 8.2, S. 53

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

10.

Schule von gestern?



Die AfD wendet sich hier klar gegen moderne Ansätze eines längeren gemeinsamen Lernens, zum Beispiel in Gemeinschaftsschulen. Sie hält am umstrittenen gegliederten Schulsystem fest und steht für den damit verbundenen Auslesedruck. Dass die AfD das „Leistungsprinzip“ besonders betont, lässt vermuten, dass Schulbildung noch weniger dem Erwerb sozialer Kompetenzen dienen soll. Die Vermittlung von verwertbarem Wissen für die Wirtschaft steht im Vordergrund.

ver.di-Position

11.

Mindestlohn beibehalten



„Der gesetzliche Mindestlohn (...) korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohnpfänger als schwache Marktteilnehmer (...). Er schützt sie auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck. Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre. (...) Die Alternative für Deutschland befürwortet es daher, den gesetzlichen Mindestlohn beizubehalten.“

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 5.3, S. 36

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

11.

Mindestlohn – aber wie?



Zunächst überrascht, dass die AfD sich nun im Bundesprogramm für einen Mindestlohn ausspricht, nachdem zuvor namhafte VertreterInnen der AfD diesen auf breiter Front ablehnten. Auffällig ist, dass der Mindestlohn rassistisch begründet wird, indem wegen der Migrationsbewegungen Ängste um das Lohnniveau geschürt werden. Eine konkrete Aussage zur Höhe des Mindestlohnes fehlt. Fälschlicherweise behauptet die AfD, dass der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze ermögliche. Der aktuelle Mindestlohn von 8,84 EUR führt selbst bei Vollzeitbeschäftigung regelmäßig nur bei einem 1-Personen-Haushalt aus Hartz IV heraus.

Selbst nach 40-jähriger Beschäftigung auf Mindestlohnniveau ist aktuell eine Armutsrente von nur 560 EUR monatlich zu erwarten – keineswegs eine „bescheidene Altersversorgung“, wie dies von der AfD behauptet wird.

ver.di-Position

12.

Schutz des Mittelstandes als „Herz unserer Wirtschaftskraft“



„Jede Regelbefolgung verursacht Kosten (...). Wir wollen daher deutliche Vereinfachungen (...) beim betrieblichen Beauftragtenwesen, bei betrieblichen Sicherheitsbestimmungen oder auch beim Mindestlohn“.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 10.9, S. 69

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

12.

Erhöhung der Gewinne zu Lasten der Sicherheit



Sicherheitsbeauftragte, betriebliche Ersthelfer, Datenschutzbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte usw. erledigen wichtige Aufgaben zum Schutz der ArbeitnehmerInnen. Verschlechterungen müssen abgewehrt und Schutzrechte ausgebaut werden.



ver.di-Position

13.

Der AfD ist die Inklusion von Menschen mit Behinderung zu teuer



„Die ideologisch motivierte Inklusion ‚um jeden Preis‘ verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg.“ Aus diesem Grund möchte die AfD Sonder- und Förderschulen erhalten, denn: „Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt.“

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 8.2.6, S. 54

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

13.

Behinderte werden ausgegrenzt



Inklusion beschreibt eine Gesellschaft, an der jeder Mensch gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Bildung und Behinderung.

Dass die Inklusion behinderter Menschen aus Sicht der AfD „umfassend und erfolgreich“ erfüllt sei, grenzt an Wirklichkeitsverzerrung. Für die Behauptung, der Lernerfolg aller Schülerinnen und Schüler werde durch die Anwesenheit von Menschen mit Behinderung gehemmt, gibt es keinerlei Belege.

ver.di-Position

14.

Homo- und Transsexuelle zerstören das traditionelle Familienbild



Die AfD behauptet, dass an deutschen Schulen „oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert [wird], sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben.“ Schließlich solle „das traditionelle Familienbild (...) nicht zerstört werden“. Die „einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht“ wird abgelehnt. Die Kinder dürften nicht „nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden“.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 8.2.4, S. 54

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

14.

Sexuelle Selbstbestimmung? Fehlanzeige!



Die AfD stellt die Schulwirklichkeit in Deutschland bewusst verzerrt und falsch dar. Viel zu lange haben Homo- und Transsexuelle auch bei uns unter massiven Diskriminierungen gelitten. Es ist ein großer Fortschritt, dass diese Themen jetzt offen in den Schulen angesprochen werden. Hier zeigt die AfD ihr rückwärtsgewandtes Weltbild.



ver.di-Position

15.

Die AfD ist gegen die Gleichstellung von Männern und Frauen



„Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch ‚korrigiert‘ werden.“

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 8.3, S. 55

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

15.

Frauen zurück an den Herd?



Hier zeigt die AfD deutlich ihr extrem konservatives Familienbild. Sie ist gegen eine wirksame Gleichstellungspolitik. So übergeht sie einfach den Fakt, dass Frauen für dieselbe geleistete Arbeit im Durchschnitt ein Viertel weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen erhalten und die Anzahl von Frauen in Führungspositionen immer noch sehr gering ist.



ver.di-Position

16.



Die AfD setzt weiter auf Atomkraft

Die AfD will bis zur Erforschung von Alternativen eine Laufzeitverlängerung noch in Betrieb befindlicher Kernkraftwerke. „Die AfD tritt daher dafür ein, das EEG [Erneuerbare-Energien-Gesetz] ersatzlos abzuschaffen“. Zudem wird der menschengemachte Klimawandel in Frage gestellt. Dazu heißt es: „Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung beruht auf bisher unbewiesenen hypothetischen Klimamodellen.“

AfD-Grundsatzprogramm 2016,
Kapitel 12.1, 12.2, 12.6, S. 79ff

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

16.



Saubere Energie und nachhaltiger Klimaschutz

Die AfD hält die Atomkraft offenbar nicht für die hochgefährliche Technologie, die sie in Wirklichkeit darstellt. Die Reaktorunfälle in Tschernobyl und Fukushima haben die Gefährlichkeit atomarer Anlagen eindeutig bewiesen. Auch ignoriert die AfD die Verantwortung der Industrie und der VerbraucherInnen für den Klimawandel.

Eine nachhaltige Energiewende nützt nicht nur uns sondern auch den nachfolgenden Generationen.



ver.di-Position

17.



Die AfD steht für Nationalismus

Unter dem Titel „Europa der Vaterländer“ wünscht sich die AfD „Freiheit der europäischen Nationen von fremder Bevormundung“. Die Politik in Europa sei durch eine „schleichende Entdemokratisierung gekennzeichnet, die EU ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden“.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 2.1, S. 17

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

17.



Nationalismus gefährdet den Zusammenhalt in Europa

Die Formulierung „Europa der Vaterländer“, die zum Beispiel so auch von Seiten der NPD verwendet wird, verortet die AfD eindeutig im nationalistischen Spektrum. Wenn man bedenkt, dass sich die europäischen Staaten mit Deutschland als Aggressor im vergangenen Jahrhundert in zwei Weltkriegen mit Millionen Toten unerbittlich bekämpft haben, ist der Zusammenschluss der einst verfeindeten Nationalstaaten ein großer Fortschritt. Es gilt nun, Europa demokratischer, sozialer und unabhängiger von Wirtschaftsinteressen zu gestalten und nicht den nationalistischen Ungeist wiederaufleben zu lassen.



ver.di-Position

18.

Die AfD will den Euro abschaffen



„Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden“. Wenn der Bundestag dagegen sei, müsse „über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund eine Volksabstimmung durchgeführt werden“.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 2.4, S. 18

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

18.

Nichts wird besser mit der D-Mark



Die Rückkehr zur D-Mark und die Abschaffung des Euro würden zu einer massiven Verteuerung der D-Mark gegenüber allen anderen Währungen führen. Dadurch würden deutsche Güter für das Ausland schlagartig teurer. Die Folge rückläufiger Exporte ist ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Der Weg der Volksabstimmung, bei dem nur „Ja“ oder „Nein“ gestimmt werden kann, ist das falsche Instrument, um über derart weitreichende Fragestellungen mit unabsehbaren Folgen zu entscheiden und täuscht eine Demokratisierung lediglich vor.

ver.di-Position

19.

Die AfD fordert eine „Deutsche Leitkultur“



Die AfD bekennt sich zu einer „deutschen Leitkultur“ und lehnt eine „Ideologie des Multikulturalismus [ab], die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert“. Eine multikulturelle Gesellschaft wird von der AfD als „ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“ gesehen.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 7.2, S. 47

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

19.

Deutschland war schon immer ein Schmelztiegel vieler Einflüsse



Die AfD greift hier nicht nur den fragwürdigen Begriff einer „deutschen Leitkultur“ auf, sondern tut so, als ob Deutschland aus sich selbst heraus entstanden wäre. Das ist historisch Unsinn: Kelten, Römer, Hunnen, Westgoten, Angelsachsen, Vandalen und andere prägten das heutige Deutschland. Der erst 1871 gegründete deutsche Staat ist das Ergebnis solch „importierter kultureller Strömungen“, die von der AfD massiv abgewertet werden.

Weder Bier noch Pfeffer und unser Zahlensystem, nicht einmal die christliche Religion sind „deutsche“ Erfindungen. Die von der AfD behauptete „Nation als kulturelle Einheit“ ist ein Hirngespinnst, mit dem vor allem seit Jahrzehnten friedlich in Deutschland lebende Menschen als minderwertig angesehen und diskriminiert werden sollen.

ver.di-Position

20.

Die AfD setzt auf ein rückständiges Familienbild und Steigerung der Geburtenrate in der deutschen Bevölkerung

Die AfD bekennt sich zur „traditionellen Familie“, betont diese als „wertegebende, gesellschaftliche Grundeinheit“ und wendet sich gegen einen „falsch verstandene[n] Feminismus“, der „einseitig Frauen im Erwerbsleben“ schätze.

Zudem müsse den „demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland (...) entgegengewirkt werden.“ Eine „volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktrährliche Masseneinwanderung [sei] dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung (...) erreicht werden“.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 6.1, 6.2, S. 41



NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

20.

Deutsche Frauen als Gebärmaschinen und zurück an den Herd?

Die AfD legt den Menschen in Deutschland die Gründung einer „traditionellen“ Familie (Vater, Mutter, viele Kinder) nahe und wertet dabei andere Modelle (Homo-Ehe, Patchwork-Familien, Alleinerziehende etc.) ab. Das Problem, dass die Einwohnerzahl in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten trotz starker Einwanderung sinken wird, sollen nach Ansicht der AfD nun die (deutschen) Frauen als Gebärmaschinen ausbaden. Dass Einwanderung „volkswirtschaftlich nicht tragfähig“ sei, ist falsch und ignoriert die Tatsache, dass Deutschland nach wie vor wirtschaftlicher Musterschüler in Europa ist.



ver.di-Position

21.

Die AfD lehnt den Islam in Deutschland ab

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“

„Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen“. Das Minarett als „islamisches Herrschaftssymbol“ wird ebenso wie der Muezzinruf generell abgelehnt.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 7.6.1, 7.6.3, S. 49f



NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

21.

Religionshetze spaltet die Gesellschaft

Der Islam ist schon lange eine gesellschaftliche Realität in Deutschland. Im Land leben ca. vier Millionen Muslime. Und selbstverständlich sind sie Teil unserer Gesellschaft, ebenso wie ihr Glaube. Die Religionsfreiheit ist durch das Grundgesetz geschützt, alle Religionen können demnach ihren Glauben frei ausüben. Die AfD dagegen sieht den Islam pauschal als Bedrohung für die Gesellschaft, indem sie ihn mit dem Islamismus gleichsetzt. Dieser wird von den hier lebenden Muslimen mit überwältigender Mehrheit ohnehin abgelehnt. So schürt die AfD religiöse bzw. kulturelle Vorurteile und hetzt in unverantwortlicher Weise gegen Millionen in Deutschland friedlich lebender Menschen.



ver.di-Position

22.

Die AfD tritt für Volksabstimmungen auf Bundesebene ein



Die AfD will sich für „Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild“ auf Bundesebene einsetzen. Sie will „dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen“. Dies würde „in kürzester Zeit präventiv mäßigend auf das Parlament wirken und die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen nachhaltig eindämmen.“ Zudem müsse das Volk „das Recht haben, auch initiativ über Änderungen der Verfassung selbst zu beschließen“.

AfD-Grundsatzprogramm, Kapitel 1.1, S. 9

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

22.

Sind Volksabstimmungen ein „Allheilmittel“ für die Demokratie?



Was nach „mehr Demokratie“ klingt, wird auf den zweiten Blick trüber, wenn man sich die Schweizer Volksentscheide über das Minarettverbot und die Verschärfung des Einwanderungsrechts vor Augen führt. Parlamentarische Beratungen sind kein Selbstzweck oder überbordender Politikbetrieb sondern dienen im wesentlichen auch immer der Berücksichtigung von vielfältigen Interessen und Minderheiten, die bei populistischen Volksabstimmungen immer im Nachteil wären.

Der Schutz vor Verfassungsänderungen durch die benötigte parlamentarische Zweidrittelmehrheit rührt aus der deutschen Geschichte: In der Weimarer Republik wurden Volkabstimmungen von den rechtsradikalen Kräften dazu missbraucht, die Demokratie abzuschaffen.

ver.di-Position

23.

Die AfD will die EU-Grenzen schließen und das Asylrecht einschränken



„Vollständige Schließung der EU-Außengrenzen“ lautet eine Forderung der AfD. Geflüchtete sollen in der „Herkunftsregion von Flüchtlingsbewegungen (...) Schutz- und Asylzentren in sicheren Staaten“ aufsuchen, und dort Asyl beantragen. Mit Antragstellern in Deutschland soll so verfahren werden, dass sie „ausnahmslos zur Rückkehr in diese Zentren zu verpflichten“ sind, um auf ihren Bescheid zu warten. Die AfD will das individuelle Asylrecht darüber hinaus „durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes (institutionelle Garantie) ersetzen“.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 9.1, S. 59f

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

23.

Keine „Festung Europa“!



Die AfD will das im Grundgesetz festgeschriebene individuelle Grundrecht auf Asyl abschaffen, um die Aufnahme von Geflüchteten anderen Ländern aufzubürden. Bereits jetzt nehmen die Nachbarländer der aktuellen Krisenregionen (z.B. Libanon oder Jordanien) den größten Teil der Bürgerkriegsflüchtlinge auf. Europa trägt durch seine Wirtschaftspolitik einen erheblichen Anteil an Verantwortung für Krisen in der Welt und damit auch an den Fluchtbewegungen. Die AfD betreibt eine Politik auf dem Rücken von Geflüchteten und entzieht sich den humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik nach dem Motto: „Aus den Augen – aus dem Sinn.“



ver.di-Position

24.

Die AfD beklagt eine hohe Geburtenrate bei MigrantInnen



Die AfD beklagt, dass „die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen“. Dies würde den „ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur“ verstärken. Insbesondere muslimischen MigrantInnen wird dabei „nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau“ zugeschrieben.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 6.2, S. 42

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

24.

Gleichheit aller Menschen statt „völkischem“ Denken



Für die AfD sind MigrantInnen weniger wert als die Kinder von „deutschstämmigen Frauen“. Dies verstößt gegen den im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz aller Menschen. Hier zeigt sich das rassistische Gesicht der AfD. Völkisches Denken, wie es die AfD praktiziert, löst in letzter Konsequenz keine Probleme, sondern schafft Ausgrenzung und Elend.

ver.di-Position

25.

Die AfD behauptet, durch Zuwanderung würde die Kriminalität steigen



Laut AfD steige die Kriminalität wegen der „unregelmäßigen Masseneinwanderung“ und aufgrund „fehlender Grenzkontrollen“ an. „Statistiken über den Asyl- oder Migrationshintergrund der Tatverdächtigen bzw. Täter“ würden „aus politischen Gründen kaum geführt, geheim gehalten oder geschönt.“ Auch würden öffentliche Einrichtungen und Medien „die durch die Asylwanderung verursachten Probleme verschweigen oder verharmlosen“. Die AfD fordert daher eine Reform der Kriminalstatistik.

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 9.6, S.64

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

25.

Fehlanzeige bei erhöhter Kriminalität unter MigrantInnen



Hier zeigen sich geradezu verschwörungstheoretische Aspekte im AfD-Grundsatzprogramm. Aus gutem Grund bleiben die Aussagen sehr schwammig. Denn die Forschung und kriminologische Statistiken erweisen weiterhin klar, dass MigrantInnen keineswegs überrepräsentiert sind. Die Art verübter krimineller Taten ist nicht durch den ausländischen Pass, sondern den sozioökonomischen Status bedingt – wie etwa vergleichsweise viele Delikte bei Schwarzfahrten und Ladendiebstählen. Bei Kapitalverbrechen ergibt sich kein Unterschied zur Bevölkerung mit deutschem Pass.

ver.di-Position

26.

Die AfD will „privatisierte“ Kunst und Kultur



Unter der Überschrift „Kultur und Kunst von Einflussnahme der Parteien befreien“ möchte die AfD „den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen, gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Kulturinitiativen stärken und die Kulturpolitik generell an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Opportunitäten ausrichten. (...) [Die] Stärkung der Wirtschaftlichkeit kultureller Einrichtungen sind Anliegen der AfD.“

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 7.4, S. 48

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

26.

Freiheit von Kunst und Kultur



Was für ein Ziel die AfD hiermit verfolgt, bleibt rätselhaft. Für jeden Kulturschaffenden ist jedoch klar: Kunst und Kultur dürfen nicht vorrangig von Wirtschaftsinteressen oder ihrem wirtschaftlichen Erfolg abhängig werden. Vielfalt und Kreativität gedeihen nur ohne Anpassung an einen Mainstream oder Abhängigkeit von der Ökonomie.



ver.di-Position

27.

Die AfD will die Erinnerung an den Nationalsozialismus verblässen lassen



„Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“

AfD-Grundsatzprogramm 2016, Kapitel 7.4, S. 48

NO!

AfD-Grundsatzprogramm · Verabschiedet in Stuttgart im Mai 2016

27.

Wer sich der Geschichte nicht erinnern will, läuft Gefahr, sie zu wiederholen.



Viel zu lange wurden der Nationalsozialismus sowie weitere extrem rechte Strömungen der Weimarer Zeit nicht aufgearbeitet. Erst Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde verstärkt damit begonnen, den Holocaust sowie die Zeit des Nationalsozialismus gesellschaftlich aufzuarbeiten. Viele Aspekte sind bis heute noch nicht aufgearbeitet. Weitestgehend verdrängt wurde zum Beispiel, dass es neben den Nationalsozialisten mit den Anhängern der „Konservativen Revolution“ noch weitere rechtsradikale völkisch-rassistische und autoritäre Strömungen gab, die die Weimarer Demokratie massiv bekämpften und in Teilen mit der Ideologie der Nationalsozialisten übereinstimmten.



ver.di-Position